

Schülergewalt gegen Lehrer

An der **Bieler Schule Neumarkt** verprügelten 7.-Klässler einen Lehrer – nun fordert die Schulleitung Massnahmen

Normalerweise richtet sich Schülergewalt gegen Schüler. In Biel wurde jetzt eine Lehrkraft Opfer der Aggressoren. Die Schulleitung fordert nun von den Behörden konkrete Hilfe wie Videoüberwachung und Wachpersonal.

MIKE SOMMER

Dass Konflikte immer häufiger mit den Fäusten oder Waffen ausgetragen werden, bestätigt sich für Polizeikommissär Franklin Cooper in seiner täglichen Arbeit. «Es beschäftigt mich, wenn ich im Wachtjournal der Stadtpolizei nachlese, mit wie vielen Schlägereien und Körperverletzungen sich unsere Mitarbeiter über Ostern auseinandersetzen mussten», sagt Cooper. Das Übergreifen der Gewalt an die Schulen hingegen bereite ihm sogar «Bauchweh». Nicht dass an den Schulen der Krieg ausgebrochen wäre, aber die Polizei müsse immer wieder mal ausrücken, um auf Anfrage der Schulleitungen auf Pausenhöfen und Schulwegen zu patrouillieren oder Sachbeschädigungen aufzunehmen.

Auch für die Stadtpolizei aussergewöhnlich war der Einsatz vor ein paar Wochen vor dem Schulhaus Neumarkt, der nun in der Lokalpresse publik gemacht wurde. Fünf 7.-Klässler aus Spezialklassen der Schulen Châtelet und Rittermatte, die jeweils am Dienstag einen Kochkurs in der Primarschule Neumarkt besuchen, hatten Erstklässler bespuckt, worauf ein Lehrer intervenierte. In der Folge wurden die zwei Mädchen und drei Knaben handgreiflich und schlugen mit Fäusten und Füssen auf den Lehrer ein. Drei Polizisten mit einem Hund nahmen die Aggressoren schliesslich in Gewahrsam. Der Lehrer wurde nicht ernsthaft verletzt. Schulleiter Jean-Claude Clénin: «Er hatte ein paar Haare weniger als vorher.»



Gesellschaftliche Entwicklungen machen auch vor den Mauern des **Schulhaus Neumarkt** nicht Halt.

ADRIAN MOSER

Schülergewalt gegen Lehrer ist laut Johannes Kipfer, Vorsteher der Abteilung Volksschule auf der kantonalen Erziehungsdirektion, die «absolute Ausnahme». Konkret wisse er nur von einem einzigen Fall, der sich vor Jahren in Bern abgespielt habe. Der Vorfall in Biel löse «grosse Betroffenheit bei uns» aus. Kipfer: «So etwas ist gravierend für alle Betroffenen.»

Schleichende Gewaltzunahme

Das sieht auch Schulleiter Clénin so. Vor zehn Jahren habe eine Entwicklung eingesetzt, die nun in diesen Gewaltexzess gemündet habe. Das Problem liege eigentlich in den Familien: «Die Kinder von Eltern, die beide berufstätig sind,

verbringen oft den ganzen Tag ausser Haus. Am Abend sind die Eltern müde, die Kinder sitzen vor den Fernsehern. Niemand kümmert sich wirklich um sie und setzt ihnen Grenzen.» Die fünf Gewalttäter seien längst als Problemfälle bekannt, mehrmals habe man bei ihren Schulen interveniert. Aber es bringe nichts, mit diesen Jugendlichen zu diskutieren.

Jean-Claude Clénin hat präzise Vorstellungen, wie der Friede an der Schule wiederhergestellt werden kann: «Was wir brauchen, sind nicht Konzepte, sondern konkrete Massnahmen.» Dazu gehöre die Anstellung von Schulsozialarbeitern an allen Schulen. Ferner wünscht er sich eine Videoüberwa-

chung des Schulareals und Securitas-Patrouillen nach Schulschluss, um jene Jugendlichen fern zu halten, die dort häufig Alkohol tranken und die Spielgeräte zerstörten. Ein weiteres Anliegen Clénins wäre eine Hotline der Schuldirektion, wo Lehrer in Bedrängnis jederzeit Hilfe anfordern könnten.

Der Bieler Bildungsdirektor Pierre-Yves Moeschler (psr) spricht ebenfalls von einem «schlimmen» Vorfall. Die Behörden seien sicher bereit, die Schulen bei der Problemlösung zu unterstützen, aber: «Die Verantwortung liegt ganz klar bei den Lehrern.» Man könne sie ihnen nicht abnehmen. Und auch die Schulsozialarbeit, deren Einführung derzeit in

einem dreijährigen Pilotversuch vorbereitet werde, könne dies nicht. Was ihn störe, sei, dass jeweils nach gravierenden Vorfällen nach Interventionen der Behörden gerufen werde, während Präventionsangebote wie das Projekt «Peace» kaum Anklang gefunden hätten. Moeschler: «Es handelt sich um ein gesellschaftliches Problem in ganz Europa. Nur wenn alle zusammenarbeiten und klare Regeln durchsetzen, kommen wir weiter.»

Der bereits bestehende Austausch aller Interessierten soll nun intensiviert werden. Behörden, Justiz, Polizei und Schulleitungen werden demnächst zusammensitzen, um die jüngsten Ereignisse gemeinsam auszuwerten.

SEXUALERZIEHUNG

0,58 Schwule pro Klasse

Grossrat Erwin Sommer will es wissen: Sind nun 10 bis 15 Prozent der Bevölkerung homosexuell veranlagt, wie das vom Berner «Schulprojekt Gleichgeschlechtliche Liebe» behauptet wird, oder sind es lediglich 2,8 Prozent der Männer und 1,4 Prozent der Frauen, wie eine holländische Studie belegt?

Die Resultate der Holländer kommen den Vorstellungen des EVP-Politikers und Schulleiters eher entgegen. Er rechnet vor, dass in einer durchschnittlichen Schulklasse lediglich 0,34 Mädchen und 0,58 Knaben homosexuell seien. Mittels einer Interpellation mit dem Titel «Umgang mit der Wahrheit» will er seine Erkenntnis nun aber im ganzen Kanton Bern durchsetzen. «Einseitigen Beeinflussungsversuchen» mit «überhöhten Zahlen» solle Einhalt geboten werden.

Der Regierungsrat sieht jedoch keinen Grund zur Intervention. Lediglich in einem Punkt kann er den besorgten Grossrat beruhigen: Das «Schulprojekt Gleichgeschlechtliche Liebe» werde vom Kanton nicht finanziell unterstützt. Zudem erklärt sich der Regierungsrat bereit, die Lehrkräfte im «Amtlichen Schulblatt» auf die Lehrplanbestimmungen zu einer ausgewogenen Sexualerziehung hinzuweisen. Nichts wissen will die Regierung jedoch von Sommers Forderung, die Lehrkräfte müssten auch «Personen, die ihre homosexuelle Orientierung verändern konnten», als Fachleute beiziehen. Die Regierung will sich auch zur sexuellen Orientierung ihrer Untertanen nicht äussern.

Reto Wissmann

KURZ

Ja zum Vorschlag des Grossen Rats

PAROLEN Die FDP Frauen des Kantons Bern haben die Parolen zum Spitalversorgungsgesetz beschlossen, das am 5. Juni zur Abstimmung kommt. Mit grosser Mehrheit und bei fünf Enthaltungen sagen sie Ja zum Vorschlag des Grossen Rats. Den «Volksvorschlag für gute öffentliche Spitäler» lehnen die FDP Frauen einstimmig ab. (sur)

Solothurner Polizei auf bernischen Autobahnen

A 5 Der Regierungsrat des Kantons Bern hat die polizeilichen Aufgaben auf zwei bernischen Abschnitten der Autobahn A 5 zwischen Biel und Luterbach an die Kantonspolizei Solothurn übertragen. Wie das Amt für Information mitteilt, ist der Vertrag rückwirkend per 1. Januar 2003 abgeschlossen worden, weil die beiden Abschnitte seit diesem Zeitpunkt von der Kapo Solothurn betreut werden. Der Nachbarschaftsdienst kostet den Kanton Bern jährlich 91 000 Franken. Die Vereinbarung betrifft die Strecken Lengnau bis Lengnau-Grenchen und Grenchen-Arch bis Leuzingen-Nennigkofen. (aid)

Mutmasslicher Drogenhändler angehalten

LANGENTHAL In einer Wohnung hat die Kantonspolizei am Mittwoch einen zur Verhaftung ausgeschriebenen Mann angehalten, der im Verdacht steht, mit harten Drogen zu handeln. Bei der Polizeiaktion wurde eine Frau, die sich ebenfalls in der Wohnung befand, leicht verletzt. Sie wurde zur ambulanten Pflege ins Spital gebracht. Bei einer untersuchungsrichterlich angeordneten Hausdurchsuchung wurden 18 Gramm Kokain, etwas Bargeld sowie Buchhaltungsunterlagen sichergestellt. Der 20-jährige Mann ausländischer Herkunft befindet sich in Haft. (pkb)

KURZ

Stadtverwaltung mit anderen Öffnungszeiten

THUN Stark besuchte Schalter der Thuner Stadtverwaltung im «Thunerhof» sind ab 1. April an Donnerstagen neu bis 18 Uhr geöffnet. Dafür ist an Freitagen künftig bereits um 16 Uhr Schalter- und Telefonschluss, eine Stunde früher als bisher. (pd)

Mitwirkung lanciert

THUN Der Landschaftsrichtplan Thun-Innerport soll überarbeitet werden. Angestrebt wird, «möglichst konkrete Massnahmen auszulösen, die einen hohen Nutzen für die Region generieren», heisst es in einer Mitteilung der Region Thun-Innerport. Am 1. April beginnt die Mitwirkung, die bis am 30. Juni dauert. Am 18. April um 19.30 Uhr findet im Hotel Freihof in Thun eine öffentliche Informationsveranstaltung zum Thema statt. (pd)

183 000 Franken für Kreisel

STEFFISBURG Der Gemeinderat von Steffisburg hat einen Kredit von 183 000 Franken für die Umgestaltung der Kreuzung bei der Holzbrücke bewilligt. Gemäss Mitteilung handelt es sich dabei um den Anteil, den die Gemeinde an die provisorische Kreiselanlage zu bezahlen hat, die bereits in Betrieb ist. (pd)

Reparatur notwendig

STEFFISBURG Die Lehnkonstruktion am Unteren Hardegweg in Steffisburg weist zunehmend Schäden auf. Für die Sanierung des Bauwerks, die diesen Sommer beginnen soll, hat der Gemeinderat nun 119 000 Franken bewilligt, wie die Gemeinde mitteilt. (db)

Kleine Parteien benachteiligt?

STUDIARENDRAT Die Rekurskommission der Student(innen)schaft der Universität Bern (SUB) hat gestern eine Beschwerde gegen die Studentenparlamentswahlen vom Januar abgelehnt. Weil die Wahlplattform direkt mit der Wahlhilfe «Smartvote» verknüpft worden sei, habe dies die Zusammensetzung der 40-köpfigen Legislative verfälscht, bemängelten vier Beschwerdeführer. «Kleinere Parteien erhalten zwingend weniger Sitze», sagt Franz Dominik Imhof. «Smartvote» erstellt aufgrund persönlicher Angaben eine Liste mit 40 möglichst passenden Kandidaten. Viele Studierende gäben damit vollständig gefüllte Listen ab, und deshalb sinke die Anzahl der Leerstimmen, erklärt Imhof. Tatsächlich reduzierte sich der Anteil an Listenstimmen seit der letzten Wahl von 31 auf 19 Prozent. Kleine Parteien, die mit nur wenigen Kandidaten zur Wahl antreten, erlitten deshalb einen Nachteil: Die Listen würden mit Kandidaten anderer Parteien aufgefüllt. Imhof und seine Mitstreiter forderten deshalb, die Wahl für ungültig zu erklären und neu anzusetzen.

Die Frage sei berechtigt, ob Wahlen mit «Smartvote» als neutral betrachtet werden könnten, erklärt Matthias Rey, Präsident der SUB-Rekurskommission. Die Beschwerde wurde gestern dennoch abgelehnt; die schriftliche Begründung steht noch aus. Imhof wird den Fall voraussichtlich an den Regierungsrat weiterziehen. (sim)

Vom Rand zur Mitte

Die **FDP-Frauen** fusionieren mit der Kantonalpartei

Diskussionslos und einstimmig haben die FDP-Frauen des Kantons Bern am Mittwochabend die Fusion mit der Kantonalpartei beschlossen. Vollzogen wird der Zusammenschluss erst dann, wenn auch die Delegiertenversammlung der kantonalen FDP vom 27. April ihr Jawort gibt.

Die FDP-Frauen waren bis anhin ein eigenständiger Verein und in dieser Form Kollektivmitglied der kantonalen FDP. Freisinnige Frauen wurden nicht automatisch Mitglied der FDP-Frauen. Sie mussten sich um die Aufnahme bemühen und einen separaten Beitrag entrichten. Die Mitgliederzahl war in den vergangenen Jahren konstant leicht gesunken, heute beträgt sie noch rund 260. Die FDP-Frauen waren mit einem Mitglied in der Geschäftsleitung der kantonalen FDP vertreten, fühlten sich aber dennoch schlecht vernetzt, wie Katrin Zumstein von der Arbeitsgruppe Strukturänderung sagte. Im Jahr 2003 sagten die FDP-Frauen darum Ja zu einem Pilotprojekt: Während zweier Jahre sollten alle freisinnigen Frauen automatisch Mitglied der FDP-Frauen werden, ohne jedoch einen Beitrag zahlen zu müssen. In dieser Zeit wollten die Frauen ihre Strukturen überdenken und eine Lösung für die Zukunft suchen.

3000 statt 260

In der Kantonalpartei wollen die Frauen nun eine gewichtigere Rol-

le spielen. «Der Kreis der FDP-Frauen hat sich von den 260 bisher zahlenden Stammfrauen auf 3000 Mitglieder vergrössert», sagte Zumstein. Die FDP-Frauen wollen nun nicht länger eine kleine Randgruppe sein, sondern sich vermehrt in Szene setzen und ins Zentrum der Partei rücken. Künftig werden sie mit zwei Mitgliedern in der Geschäftsleitung vertreten und dank einer 20-Prozent-Stelle für Frauenfragen im Sekretariat besser erreichbar sein. Ein Vizepräsidentium der kantonalen FDP wird zwingend mit einer Frau besetzt – im Moment ist Grossrätin Béatrice Devaux Stilli Vizepräsidentin.

Die FDP-Frauen werden sich auch künftig zu allen politischen Fragen eigenständig äussern und eigene Parolen fassen. Allerdings appellierte Parteipräsident Johannes Matyassy an die freisinnigen Frauen – wie an alle Parteimitglieder –, sich nicht öffentlich gegen die Parteiparole stark zu machen.

Nachfolgerin für Dora Andres

Die FDP-Frauen wollen aber nicht nur innerhalb der Partei präsent sein, sie wollen weiterhin auch im Regierungsrat vertreten bleiben – und somit die Nachfolge stellen für Dora Andres, die im kommenden Jahr nicht mehr zu den Regierungswahlen antreten wird. «Wir beanspruchen einen der beiden FDP-Sitze, würden aber auch beide nehmen», sagte Präsidentin Vera Ninck. (sur)

Streusalz im Ausland kaufen

SALZMONOPOL Die Schweizer Städte und Gemeinden fordern die Aufhebung des Salzmonopols der Kantone. Dieses habe im vergangenen Winter zu Lieferengpässen geführt – und trotzdem durften die Strassenunterhaltsdienste kein Streusalz im Ausland kaufen. Der Monopolbetrieb der Kantone, die Rheinischen Salzwerke AG, sei ab Ende Februar nicht mehr in der Lage gewesen, die Nachfrage nach Streusalz zu decken, schreiben der Schweizerische Städteverband (FES) und der Schweizerische Gemeindeverband in einer Mitteilung.

Dies habe viele Gemeinden in Schwierigkeiten gebracht, sagte Alexandre Bukowiecki vom FES auf Anfrage. Es sei zwar nicht zu absoluten Notfällen gekommen; die Verkehrssicherheit für den morgendlichen Berufsverkehr blieb gewährleistet. Aber die Winterdienste hätten sparsam mit dem Streusalz umgehen müssen. Und einige Gemeinden seien im März «auf dem Trockenen gesessen».

Die Verbände fordern deshalb, dass der Markt zumindest für Streusalz geöffnet wird. Damit könnten sich die Gemeinden künftig im Ausland zu tiefen Preisen mit Streusalz eindecken. Städte in Deutschland bezahlten die Hälfte des Schweizer Preises.

25 Kantone unterstehen einer einheitlichen Salzverkaufsordnung. Sie werden von den Rheinischen Salzwerken versorgt. Ausnahme ist der Kanton Waadt. Er baut in Bex selbst Salz ab. (sda)